Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Sonnabend, den 9. Oktober 1926 — Nummer 225

Millionenraub in Preußen

Die Republik holt ihren Kaiser

Berlin, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das „Berliner Tageblatt" meldet aus dem Haag, daß Wilhelm die Absicht hat, schnellstens nach Deutschland, und zwar nach Hamburg vor der Höhe zurückzukehren. Der Exkaiser begründet seine Rückkehr mit den für seine Gesundheit unerträglichen klimatischen Verhältnissen. Er hat bereits bei der englischen und französischen Regierung angefragt, wie sie sich zu seiner Rückreise verhalten.

*

Berlin, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am gestrigen Freitag wurde der Hohenzollernvergleich vom Plenum des preußischen Staatsrates angenommen. Dafür stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten, dagegen stimmten die Kommunisten und Sozialdemokraten. Hierauf wurde die Vorlage noch im Verlaufe des gestrigen Tages dem Preußischen Landtag zugeleitet.

„Die Rote Fahne" schreibt u. a. dazu: „Wenn jetzt die SPD-Vertreter im preußischen Staatsrat gegen den Vergleich stimmen, so ist dies ein Versuch, der Arbeiterschaft vorzutäuschen, daß die SPD gegen die Braun-Regierung in dieser Frage in Opposition stehe. Die SPD-Vertreter im preußischen Staatsrat glaubten, sich diese Geste ohne Gefahr leisten zu können, nachdem die Deutschnationalen erklärt hatten, daß sie für den Vergleich stimmen werden. Das SPD-Manöver, ihre Mithilfe bei der Auslieferung des Milliardenraubes zu verschleiern, wird nicht gelingen. Die Arbeiterschaft sieht, daß der Sozialdemokrat Braun an der Spitze derselben Regierung steht, die den Pakt mit Wilhelm unterzeichnet hat, den Pakt, dem die deutschnationale Fraktion zustimmte. Daß die SPD nichts anderes als ein Täuschungsmanöver aufführt, sieht die Arbeiterschaft schon daran, daß die SPD weder im preußischen Staatsrat, noch im Landtag daran denkt, nach der Waffe der Obstruktion zu greifen und jede Massenmobilisation zum Kampf gegen den Fürstenraub strikte ablehnt."

*

Selten hat eine Regierung sich eine so schamlose Provokation der breiten Volksmassen geleistet, wie die Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun. In einer Zeit der Erwerbslosigkeit von 2 Millionen, denen man tägliche Unterstützungssätze beschneiden will, in einer Zeit, in der die gesamten werktätigen Schichten unter Teuerung, Zoll- und Steuerdruck stöhnen, will die preußische Regierung den in Müßiggang und Luxus lebenden Angehörigen des verjagten Hohenzollernhauses rund 16½ Millionen Mark in bar auszahlen und ihnen zahlreiche Güter und Schlösser überlassen, deren Wert in die Hunderte von Millionen geht. Ohne Rücksicht darauf, daß 15 Millionen erst vor wenigen Monaten die entschädigungslose und restlose Enteignung der Fürstenhäuser gefordert haben, ohne Rücksicht darauf, daß weitere viele Millionen nur einer ganz geringfügigen Rentenzahlung an die Hohenzollern zustimmen wollten, ohne Rücksicht darauf, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sich voller Empörung gegen den Ottobervergleich vom Jahre 1925 wandte — will jetzt die preußische Regierung einen Vergleich abschließen, der nach der ausdrücklichen Bestätigung des Finanzministers sogar noch hinter dem Kompromißgesetzentwurf des Reichstages zurücksteht!

Die Regierung hofft, daß die Volksmassen politisch so zerrüttet sind, daß sie nach den Anstrengungen der Volksentscheidbewegung keine Kraft mehr zu einem energischen Protest und zur Zerreißung des Vergleichsentwurfs finden werden. Die beschleunigte Durchberatung des Vergleichsentwurfs im Staatsrat, die zwischen Verteilung und Annahme des Gesetzentwurfes im Ausschuß nur drei Stunden Zeit in Anspruch nahm, soll es den Kommunisten unmöglich machen, die Oeffentlichkeit über die Schändlichkeit des Vergleichs mit den Hohenzollern aufzuklären. Nach dem bei der Zollvorlage erprobten Muster der schleunigen Verabschiedung soll auch diesmal der ganze Gesetzentwurf unter Dach und Fach gebracht werden, ehe die arbeitenden Massen sich zu einer Gegenaktion organisieren können.

Auch diesmal hilft die Sozialdemokratie der Regierung und dem Bürgertum. Im preußischen Staatsrat ließ die sozialdemokratische Fraktion feierlich erklären, daß sie nicht nur Stimmenthaltung üben, sondern gegen den Gesetzentwurf stimmen werde. Aber eine halbe Stunde später verließen diese sozialdemokratischen Helden kurz vor der Abstimmung geschlossen den Saal, nachdem sie bereits vorher alle Anträge der Kommunisten auf Prüfung des Gesetzentwurfs abgelehnt hatten. Der „Vorwärts", der, wie immer, die wahren Absichten der sozialdemokratischen Führung ausspricht, erklärt sich bereits ganz offen für die veränderte Annahme des Gesetzentwurfes. Ihm scheint es sogar unbedenklich, durch den Vertrag dem entflohenen Wilhelm von Doorn das Schloß in Homburg als künftigen Wohnsitz anzuweisen, falls Wilhelm nur den Wunsch haben sollte, nach Deutschland überzusiedeln.

Die Sozialdemokratie hat im Jahre 1923 dem ehemaligen Kronprinzen die Rückkehr nach Deutschland gestattet und zur Entschuldigung dieses „harmlosen" Schrittes darauf verwiesen, daß der junge Hohenzoller ja nur als Privatmann in Oels leben werde. Inzwischen hat der frühere Kronprinz sich Potsdam als ständigen Wohnsitz gewählt. Von hier aus leitet er die monarchistische Agitation. Sein ältester Sohn nimmt sogar als Offizier an den Manövern der „republikanischen" Reichswehr teil.

Braun und Severing bereiten durch ihren Vertrag jetzt auch die Wiederkehr Wilhelms von Doorn vor. Und sicher werden sie das gleiche erklären wie der gute „demokratische" Finanzminister Dr. Köpke-Aschoff, daß nur die Frau Wilhelms von Doorn, Hermine, vielleicht einmal den Wunsch haben werde, nach Homburg überzusiedeln.

Die Sozialdemokratie ist im vorigen Jahre durch die Massenabstimmungen, durch Unterzeichnung des Gesetzentwurfes für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten vorangepeitscht worden. Auch wird die SPD nur dann wieder für die Ablehnung des Vergleichs mit den Hohenzollern zu haben sein, wenn die Massen in den Betrieben und in den Gewerkschaften die SPD zu einer anderen Stellungnahme zwingen. Die Sozialdemokratie beruft sich auf den Ausgang des Volksentscheids vom 20. Juni. Aber inzwischen dürfte die Zahl der Anhänger des Volksentscheids angesichts der wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Not noch gestiegen sein. Die SPD brauchte in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften nur die Probe aufs Exempel zu machen. Aber die Gewerkschaften, die schon im Winter nur widerwillig an der Bewegung für die Fürstenenteignung teilnahmen, haben sich seit der Silberberg-Rede in Dresden völlig dem Unternehmertum verschrieben. Herr Leipart will die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum und die Große Koalition mit den bürgerlichen Parteien. In Hamburg hat die Gewerkschaftsführung sogar auf die Ausnutzung einer günstigen Konjunktur zugunsten der Hafenarbeiter verzichtet. Die Ausrede, daß man Lohnbewegungen nicht in Zeiten der Krise führen könne, zieht nicht angesichts der durch den englischen Bergarbeiterkampf belebten Konjunktur und des von den gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeitern gezeigten Kampfwillens. Eine Bewegung gegen die Uebereignung gewaltiger Werte an die Hohenzollern wäre indessen noch leichter zu organisieren, als der Kampf in den Hamburger Häfen. Aber die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Führer wollen diesen Kampf nicht. Sie ziehen die Eroberung einiger Ministersessel und Beamtenposten im Reich wie in Preußen vor, und sie opfern dafür als Kaufpreis 16½ Millionen in bar und mehr als 2½ Millionen jährlich zur Versorgung der Hofschranzen.

Der von Braun mit den Hohenzollern abgeschlossene Vertrag kommt den Hohenzollern und den Monarchisten derart entgegen, daß selbst die Deutschnationalen ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf erklären. Diese Erklärung sagt besser noch als die einzelne Aufzählung der Bestimmungen des Vertrages, wem dieser Vergleich Nutzen bringt. Auf die Sozialdemokratie fällt die volle Verantwortung dafür, wenn der Vertrag im Landtage angenommen wird. Die sozialdemokratischen Minister und Parteiführer beweisen durch ihre Zustimmung zu dem Vertrag, daß sie ebensolche Fürstenagenten wie die Severing und Dr. Kriege sind. Die Sozialdemokratie kehrt zurück zu der Hohenzollernpolitik der Heine und Südekum, auf die sich noch heute alle Monarchisten mit Recht berufen können. Das ist die vollendete Noske-Politik der Sozialdemokratie aus dem Jahre 1919, und nach diesem Hohenzollern-Vergleich muß es nur wundernehmen, daß nicht schon in diesen Tagen Noske in das preußische Kabinett einzog.

Parteigenossen!

Werbt Parteimitglieder! Werbt Zeitungsabonnenten!

Der Kampf der Hamburger Hafenarbeiter hat ebenso wie die Kampagne für die Fürstenenteignung bewiesen, daß die Kommunistische Partei die einzige Partei ist, welche die Interessen aller Werktätigen vertritt und allein fähig ist, die Arbeitermassen im Kampf zu führen.

Der Hamburger Kampf war der Auftakt zum Abwehrkampf des Proletariats gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik und gegen die wirtschaftsdemokratische Politik des ADGB. Der Hafenarbeiterstreik hat bewiesen, daß die Durchsetzung der Arbeiterforderungen entscheidend abhängig ist von der Stärke der Kommunistischen Partei und der Verbreitung ihrer Presse. Deshalb ist gegenwärtig die Werbearbeit für **Partei und Presse eine der wichtigsten Aufgaben zur Organisierung des Kampfes der Arbeiter**

gegen die Offensive der Großindustriellen,
gegen die Nationalisierungspolitik,
gegen die Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik des ADGB,
gegen den Raub des Streikrechts.

Fünfzehn Millionen Werktätige haben sich zum Volksentscheid für die Parole der KPD. für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten erklärt. Millionen von Arbeitern sind eins mit der Kommunistischen Partei in der Erkenntnis der Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik. **Das Heer von Sympathisierenden gilt es als Parteimitglieder und Leser der kommunistischen Presse zu gewinnen.**

In jedem Betrieb, in jeder Arbeiterwohnung, in den Gewerkschaften, Genossenschaften und dem RFB muß jedes einzelne Parteimitglied alle Kräfte daransetzen, um Parteimitglieder und Zeitungsabonnenten zu gewinnen.

Jede Betriebszelle und jede Straßenzelle muß in den Zellenversammlungen die Mitglieder politisch instruieren und jedem einzelnen Genossen bestimmte Aufträge für die Werbearbeit zuweisen. Nach Durchführung der Werbewoche soll die Zellenleitung die Arbeit jedes einzelnen Genossen prüfen.

Parteigenossen, wenn nur jeder einzelne mithilft, Parteigenossen und Zeitungsleser zu gewinnen, ist es möglich, eine wirkliche Massenwerbekampagne durchzuführen.

An die Arbeit, Genossen!

Jeder mache es sich zur Aufgabe, mindestens ein Parteimitglied und einen Zeitungsleser zu gewinnen!

Stärkt die Reihen der Partei!

Helft beim Massenvertrieb der kommunistischen Presse, damit die Partei mit verstärkten Kräften den Kampf für die Interessen der werktätigen Massen führen kann.

Seeckts Rücktrittsgesuch angenommen

Auf Grund der letzten Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler, der sich eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister anschloß, hat der Reichspräsident gestern mittag dem Abdankungsgesuch des Generalobersten v. Seeckt zugestimmt. An der Besprechung mit dem Reichspräsidenten nahmen auch die Staatssekretäre Meißner und Pünder teil. Wie die bürgerliche Presse berichtet, hat Hindenburg die Ansicht Geßlers vollständig geteilt und eine andere Lösung der Krise nicht für möglich gehalten.

Eine Blütenlese

Die feindlichen Brüder der beiden sozialdemokratischen Fakultäten liegen sich böse in den Haaren, und es lohnt sich jetzt, einmal ihren täglichen Kampf etwas genauer zu verfolgen. Sie führen einen erbitterten Tintenkrieg. Heute übertrumpfen die „Rechten" und zeichnen Charakterbilder der „Linken", vor denen der Arbeiterschaft gruselig werden muß — und morgen zahlen die „Linken" heim.

Da es aber wirklich ernste und tiefgehende politische Gegensätze zwischen der Führerschaft der SPD und den „alten Sozialdemokraten" nicht gibt, so bleibt nur die üble Methode der persönlichen Vegiferung. Darin erschöpft sich der ganze „Kampf". Sie werfen sich gegenseitig ihre Sünden und Gebrechen an den Kopf und schreiben sich dabei die Finger wund. Nach dem bekannten Motto: „Haust du meinen Juden, schlag ich deinen Juden!" spielt der „Volksstaat" auf, — — und das Organ vom Wettinerplatz antwortet mit der gleichen Waffe, und was wohl sonst nie ans Tageslicht gekommen wäre, das spiegelt sich jetzt als Schimpfkanonade in Kodakbildern in den Spalten ihrer Zeitungen wider. Die moralisierenden Aesthetiker vergessen dabei ihre sonst so gutmarkierte „gute Kinderstube", sie lassen alle Schleier fallen, kippen aus der Rolle und speien gegenseitig Gift und Galle. Die politische Versumpfung parlamentarischer Schieber wird dabei umrahmt von der Schlammflut moralischer Verlumptheit, und, da sich die Herrschaften untereinander immerhin persönlich gut kennen, so soll den Porträts, die da gezeichnet werden, die Aehnlichkeit mit dem Original nicht abgesprochen werden. Die Herrschaften müssen's ja wissen, was sie gegenseitig voneinander zu halten haben. Sie mögen sich die Wahrheit sagen, damit die Arbeiter, die jetzt vor den Wahlen zum Landtag und zu den Gemeindeparlamenten wieder eingefangen werden sollen, von ihnen ein möglichst naturgetreues Bild erhalten. Was die feindlichen Brüder voneinander halten und auf welch niedrigem Niveau ihr Konkurrenzkampf ausgetragen wird, davon gab erst die letzte Sitzung des Landtages ein kleines Beispiel.

Der Renegat Bethke titulierte den „linken" Radtke als einen „journalistischen Schmutzfinken" und „notorischen Lügner". Edel verteidigte seinen Freund und adressierte an Bethke zurück: „Verkörperte Unmoral"! Darum nicht verlegen, antwortete Bethke mit „elender Verleumder", und Liebmann, der dann zum Worte kam, bezeichnete seinen ehemaligen Freund Heidt aus „pathologischen Lügner", der als Ministerpräsident bewußt falsche Angaben mache und der die Gesamtauflage eines Dresdner Revolverblattes aufgekauft habe, das Enthüllungen über seinen Lebenswandel gebracht habe. Dieser liebliche Dialog wurde unterbrochen durch Zwischenrufe, mit denen Langhorst den Abgeordneten Edel als „Dreckseele" bezeichnete, während Bernhard Menke die Rechten „Unterhosenheiden" und „Schnapsbrüder" titulierte. Schließlich einigten sich die Herrschaften doch und stimmten gemeinsam, einer angeblich „freudiger" wie der andere, für die Aufhebung der Immunität Bethkes, um gerichtlich darüber entscheiden zu lassen, wer von beiden der größere Lügner sei. Da aber der Antrag abgelehnt wurde, wird die Arbeiterschaft ohne den Spruch der „Gerechtigkeit" ihr Urteil selbst fällen müssen.

In der Zwischenzeit aber wird die Beweisführung und der gegenseitige „Kampf" in der Presse fortgesetzt, und, da bekanntlich „eines Mannes Rede keine Rede" ist, so

SLUB
Wir führen Wissen.